

Sachdokumentation:

Signatur: DS 644

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/644



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Die Musth¹ des freisinnigen Elefanten oder die Trumpsche Krise der Gegner der Altersvorsorge 2020

Referat von Christian Levrat, Ständerat FR, Präsident der SP Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

Genossinnen und Genossen

Es freut mich euch hier zu sehen, in dieser Stadt, in diesem Saal. Lange Zeit hatte Freiburg den Ruf einer tiefschwarzen Stadt, eines tiefschwarzen Kantons. Sitz der ultramontanen Konservativen, die sowohl von Industrie wie von Fortschritt nichts wissen wollen.

Das Blatt hat sich gewendet. Und ich bin besonders stolz euch heute hier in Freiburg willkommen zu heissen. In diesem Freiburg, das einige denkfaule Journalisten immer noch als das «sehr katholische Freiburg» und als «Hochburg der CVP» bezeichnen. Und ich betone das nicht, weil ich mich über meine konservativen Kollegen lustig machen will. Sondern will wir hier in Freiburg in der Hauptstadt der Sozialdemokratie sind, wie es ein besonders aufgeweckter Journalist kürzlich geschrieben hat. Und es stimmt: Mit 36,2% Wähleranteil bei den letzten Kommunalwahlen lässt die SP Freiburg die Sektionen aus Lausanne, La Chaux-de-Fonds, Delémont, Neuchâtel und Genf hinter sich.

Man möge mir diesen Lokalpatriotismus verzeihen. Eigentlich geht es mir nur darum zu zeigen, dass nichts in Stein gemeisselt ist und dass sich mit Einsatz und Engagement die Mehrheiten im Laufe der Jahrzehnte ändern können. Und dass unsere kürzlichen Wahlsiege in Luzern, im Aargau, in Basel oder in Solothurn nur die Vorzeichen für einen flächendeckenden Erfolg unserer Ideen sind. Aber nur, wenn wir bereit sind, die nötige Energie zu investieren.

Genossinnen und Genossen,

Die erste Hälfte der Legislatur war mehrheitlich positiv. Wir legen in vielen Kantonen zu und haben erst vor kurzem im Kanton Waadt die linke Mehrheit in der Regierung souverän verteidigt. Wir haben die erste Etappe der Energiewende gewonnen und am 21. Mai einen grossen Sieg gefeiert. Ein grosses Dankeschön an alle unter euch, die nach der Katastrophe von Fukushima mit Geduld, mit Ausdauer und mit viel Kompetenz die Energiewende mitgestaltet haben. Doris Leuthard wird in den Medien gefeiert. Aber ohne die Arbeit von Roger Nordmann, Eric Nussbaumer oder Beat Jans – um nur ein paar Namen zu nennen – wäre die Energiewende nicht gelungen. Es war die Arbeit und die Intelligenz von Sozialdemokraten: Sie haben eine solide Allianz geschaffen, die seit bald 10 Jahren besteht und die die Energiestrategie 2050 zum Erfolg geführt hat.

¹ Als Musth wird die ab der „Pubertät“ der Elefantenbullen ungefähr einmal im Jahr, fast immer im Winter, vorkommende Phase der Aggressivität bezeichnet, die durch einen Testosteron-Schub ausgelöst wird und die mehrere Monate anhalten kann. Die Elefantenbullen können in dieser Zeit auch andere Tiere, zum Beispiel Nashörner, angreifen und töten, insbesondere wenn in der lokalen Elefantenpopulation keine erfahrenen Elefantenbullen vorhanden sind. (Quelle: Wikipedia)

Unsere Politik der konstruktiven Opposition funktioniert. Weil wir clever genug sind, dort Kompromisse einzugehen, wo sie möglich sind: Bei der Umsetzung des Verfassungsartikels 121a, bei der Energiewende oder bei der AHV. Und weil wir stark genug sind, um die Rechten dort zu besiegen, wo sie ihre Politik durchdrücken wollen: Bei den Ladenöffnungszeiten oder bei der USR 3. Stärke und Cleverness, konstruktive Opposition, Einsatz im Parlament und Mobilisierung auf der Strasse. Darin sind wir stark.

Aber wir dürfen uns nicht täuschen und blenden lassen! Abseits der grossen Vorlagen, auf die wir uns konzentrieren müssen, richtet die rechte Mehrheit grossen Schaden an. Sie fährt eine ultraliberale Finanzpolitik, die nur die Interessen ihrer Klientel bedient. Sie erhöht die Ausgaben für Militär und Strassenbau auf Kosten der Sozialwerke, der Entwicklungshilfe oder der Bildung.

Auch das Gesundheitswesen, das heute unser Schwerpunkt ist, wird nicht verschont. Die Rechte verhindert jegliche Reform: Kein Präventionsgesetz, keine Massnahmen gegen das Lobbying der Krankenkassen in Bern, Kürzungen bei den Prämienverbilligungen. Dieser Abbau- und Klientelpolitik müssen wir entschlossen entgegentreten.

Zuerst einmal müssen wir verhindern, dass Gesundheit zu einer Ware wird. Der Erfolg unserer Zürcher Genossinnen und Genossen gegen die Privatisierung des Kantonsspitals Winterthur am 21. Mai ist darum ein ermutigendes Signal. Über 10% des BIP fliessen ins Gesundheitswesen. Das macht klar, dass dieser Sektor für private Akteure von grossem wirtschaftlichem Interesse ist. Ein Grund für uns daran zu erinnern, dass es sich um einen Service public handelt, der für die Bevölkerung unglaublich wichtig ist. Es ist an uns, die Spielregeln zu definieren und zu garantieren, dass alle Zugang zu qualitativ guten Leistungen haben - und zwar zu einem zahlbaren Preis.

Und wir müssen immer wieder klarmachen, dass die Prämienbelastung für Familien nicht mehr erträglich ist. Und diese Belastung wird immer grösser. Prämienverbilligungen werden gekürzt, aber die Prämien steigen ungebremst weiter. Wir müssen nicht nur den Abbaufeldzug von SVP und FDP gegen die Prämienverbilligung stoppen, sondern wir müssen auch an das Versprechen des Bundesrats erinnern: Keine Prämien, die mehr als 8% des Haushaltbudgets ausmachen! Mit einem Initiativprojekt, das eine Begrenzung bei 10% will, sind wir also sehr moderat unterwegs. Aber damit das klar ist: Wir verfolgen unser Ziel umso entschlossener. Die Prämien erdrücken die Familien in diesem Land und das Parlament verhindert auf Anweisung der Krankenkassen jeden Fortschritt in dieser Frage.

Denn es ist so: Im Gesundheitswesen, wie überall sonst, verhalten sich FDP und SVP seit Beginn der Legislatur wie zwei Elefanten, die die schönen Blumen im Garten zertrampeln. Mit all unserer Entschlossenheit und unserem Mut ist es uns gelungen, ein paar Blumen wieder zu pflanzen und ein paar besonders wertvolle Rosen zu retten. Aber die Schäden sind trotzdem gross. Und wir haben erst wieder Ruhe, wenn die Elefanten den Garten verlassen haben. Die Wahlen 2019 müssen ihnen zeigen, wo der Ausgang ist!

Genossinnen und Genossen,

Lasst uns von unseren zwei Elefanten sprechen. Wisst ihr, was die «Musth» in der Tierwelt bedeutet? Es handelt sich um ein Sekret, das die Tiere extrem aggressiv macht. Sie verlieren die Kontrolle, sie haben ein Testosteron-Level, das 60 Mal höher ist als normal und sie gehen so weit, ihre Wärter zu töten. In der Politik haben wir erlebt, wie der SVP-Elefant seine Musth-Krise während der Kampagne zur Energiewende durchlebt hat: Lügen und Falschinformationen à la Trump, plumpe Provokationen aller Art, erfundene Behauptungen. Mein Favorit: «Wenn Sie Ja zur Energiewende sagen, gibt es keine Bananen mehr». Heute, einen Monat später, stellen wir fest: Es gibt immer noch Bananen in unseren Supermärkten. Die Krise der SVP scheint vorbei zu sein.

Allerdings scheint diese Musth-Geschichte ansteckend zu sein. Denn der andere Dickhäuter der politischen Rechten, die FDP, scheint ebenfalls in einen Zustand der ständigen Aggression geraten zu sein. Oder wie sonst soll man die wiederholten Lügen erklären, auf denen die Kampagne der FDP gegen die Altersvorsorge 2020 aufbaut?

Erste Lüge: Diese Reform wurde von einer «linken Allianz ohne Kompromisse durch das Parlament geboxt».

Fakt ist: Die Linke wollte eine ganz andere Reform.

Die Reform der Linken hiess AHVplus und wurde abgelehnt. Darum sind wir einen Kompromiss eingegangen, der zwei Ziele verfolgte: Keine Senkung der Renten, keine Erhöhung des Rentenalters über 65. Und so wird die Senkung des Umwandlungssatzes in der 2. Säule durch die Erhöhung der AHV-Renten um 70 Franken pro Monat ausgeglichen; und so wird die Erhöhung des Frauenrentenalters durch eine Besserstellung der Teilzeitarbeit, durch höhere Renten für jene, die mit 58 in Rente gehen, und durch mehr Möglichkeiten zur Frühpensionierung für Menschen mit tiefen Einkommen ausgeglichen. Unter dem Strich: Ein ausgeglichenes Paket, von dem tiefe Einkommen mehr profitieren als hohe Einkommen. Und die Tatsache, dass die FDP – im Gegensatz zur CVP, zu den Grünliberalen und zur BDP – diesen Kompromiss nach wie vor bekämpfen, sagt mehr über deren ideologischen Starrsinn als über den Inhalt der Reform aus.

Zweite Lüge: «Die Reform schadet der jungen Generation»

Fakt ist: Von dieser Reform profitieren alle, vor allem auch die Jungen.

Zuerst muss ich eines in Erinnerung rufen: Die AHV ist kein Almosen, sondern das genialste unserer Sozialwerke. Durch die AHV wurde die Armut reduziert, durch die AHV anerkennt jede Generation die Leistungen der vorhergehenden, durch die AHV müssen die Wohlhabenden mehr zur gemeinsamen Solidarität beitragen. Darum müssen wir die AHV stärken, für meine Generation und für die Generation meiner Kinder. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass die junge Generation so egoistisch ist wie sich das die FDP-Strategen vorstellen.

Ausserdem wissen die Jungen ganz genau, dass eine Stärkung der AHV sie davor bewahrt, eine private Versicherung vom Typ 3. Säule abschliessen zu müssen, um eine anständige Rente zu haben. Es ist nämlich kein Zufall, dass die Kampagne der FDP von der UBS unterstützt wird. Die Grossbanken wollen das Image der AHV ankratzen, sie wollen sie schwächen, weil sie ihre eigenen Vorsorgeprodukte verkaufen wollen. Zum Glück verwalten das BSV und Alain Berset die AHV, und nicht die irren Zauberlehrlinge von der Bahnhofstrasse.

Und schliesslich befreit eine Verbesserung der AHV-Renten die junge Generation davon, ihre Eltern und Grosseltern finanziell zu unterstützen. Wer die Situation junger Familien kennt, die jeden Franken zweimal umdrehen müssen; wer weiss, wie sehr sie darauf angewiesen sind, dass sich ihre Eltern und Grosseltern um die Kinder kümmern; der weiss, wie gross die Erleichterung ist, wenn die Renten garantiert sind.

Dritte Lüge: Wir würden eine « Zwei-Klassen-Rente » einführen

Hier steigert sich die Musth des freisinnigen Elefanten langsam ins Fieber. *Fakt ist: Wir haben vorgeschlagen, die Renten für alle um 70 Franken zu erhöhen, auch für die jetzigen Rentner. Aber es sind die Gegner der Reform die genau das verhindert haben.*

Ihr Argument war, dass diese 70 Franken eine Kompensation für die Kürzungen in der Pensionskasse wären und davon seien nur Neurentner betroffen. Es wäre darum widersprüchlich, auch den heutigen Rentnern 70 Franken mehr zu geben. Und so haben sie sich durchgesetzt.

Noch ein Fakt: Mit Beharrlichkeit und Einsatz ist es uns gelungen, die Renten zu stabilisieren, dazu gehört auch der Teuerungsausgleich. Denn die gleiche Frau Gössi, die jetzt Tränen für die armen übergangenen Rentner vergiesst, blendet aus, dass sie es war, die die Anpassung der Renten an die Löhne und an die Lebenskosten abschaffen wollte. Sie blendet auch aus, dass die Reform ab sofort 1 Milliarde Franken pro Jahr für die AHV-Finzen bringt, ab 2021 sogar noch mehr. Konsolidierung der AHV-Finzen und Fortführung des Teuerungsausgleichs: Für die heutigen Rentner ist genau das entscheidend. Und beide Ziele erfüllt die Reform. Darum sagen Pro Senectute und die anderen grossen Rentnerorganisationen mit Überzeugung Ja zur Altersvorsorge 2020.

Vierte Lüge: Die Reform würde auf dem Buckel der Frauen ausgetragen

Das ist der Gipfel des Zynismus. *Fakt ist: Unter dem harmlosen Namen «Interventionsmechanismus» wollte die Rechte das Rentenalter für alle – Männer und Frauen – auf 67 erhöhen. Aber jetzt, plötzlich, entdecken die Rechten den Feminismus.*

Aber sie zielen komplett daneben. Es sei denn ihr Feminismus à la Petra Gössi oder à la Isabelle Moret beschränkt sich darauf, die Interessen von reichen Anwältinnen zu vertreten. Denn für alle anderen Frauen, vor allem für jene Frauen, die Teilzeit arbeiten und weniger als 70'000

Franken im Jahr verdienen, bringt die Rentenreform Verbesserungen: Teilzeitarbeit wird besser berücksichtigt, die Renten steigen und die Möglichkeit, frühzeitig in Rente zu gehen, wird erleichtert.

Aber ok, als Anwältin, als Bahnhofstrasse-Bankerin oder als Sammlerin von Verwaltungsratsmandaten haben Sie davon nichts, das stimmt. Aber die Migros-Kassiererin, die Pflegefachfrau oder die Primarlehrerin profitieren sehr wohl von dieser Reform.

Fünfte Lüge (und hier höre ich auf, weil die nervt mich wirklich am allermeisten): Man müsse die Renten nicht erhöhen, weil ein Drittel ins Ausland fliesse.

Das war die Schlagzeile im «Blick» vorgestern. Meine Kollegin Petra Gössi hat auf Marine Le Pen gemacht! Gegen das Ausland, gegen die schlechten Schweizer, die ihren Ruhestand ausserhalb der Schweiz verbringen. Die Erfinder des Liberalismus müssen sich im Grabe umdrehen.

Darüber könnte man sich lustig machen, aber mir ist nicht zum Lachen, denn die Absicht dahinter ist zu klar: Ausländerfeindliche Reflexe bedienen und die Kampagne vergiften, um eine Negativspirale auszulösen. Sie wollen die Bevölkerung verunsichern und Zweifel säen, um die Altersvorsorge 2020 zu bekämpfen. Das ist ein unwürdiges Schauspiel – erst recht von einer Partei, die uns im Herbst davon überzeugen will, einen der ihren zum Bundesrat zu wählen. Will man Brandstiftern eine solche Verantwortung übertragen? Eine Partei, die alt und jung, Frauen und Männer, Schweizer Rentner und ausländische Rentner gegeneinander ausspielt? Derjenige oder diejenige, welche die FDP im Bundesrat vertreten soll, darf kein solcher Brandstifter, keine solche Brandstifterin sein. Dafür zu sorgen, ist unsere Aufgabe. Wir haben einen Sommer lang Zeit, uns das zu überlegen...

Aber die Empörung reicht nicht. Wir müssen Frau Gössi antworten. *Darum hier die Fakten:*

- *Ein Drittel der AHV-Renten gehen ins Ausland, das sind aber nur 13% des gesamten Rentenvolumens.* Das bedeutet, dass die Renten, die ins Ausland fließen, deutlich tiefer sind als der Durchschnitt, meist nur ein paar hundert Franken. Im Klartext: Würden diese Rentenbezüger in der Schweiz bleiben, dann würden sie Ergänzungsleistungen beziehen (im Ausland haben sie kein Anrecht darauf), was die öffentlichen Finanzen deutlich stärker belasten würde.
- *Die Schweizerinnen und Schweizer, die das Land verlassen, machen das oft, weil ihnen die Rente nicht für ein anständiges Leben reicht.* Das ist erst recht ein Argument für eine Erhöhung der AHV-Renten, wie es die Reform vorsieht. Und übrigens: Weil Rentnerinnen und Rentner oft höhere Gesundheitskosten verursachen als der Durchschnitt, werden die öffentlichen Finanzen unter dem Strich sogar entlastet.
- *Die Ausländerinnen und Ausländer, die in ihr Heimatland zurückkehren, sind jene Menschen, die unsere Strassen gebaut haben, die in unseren Spitälern gearbeitet, die im Restaurant im Service oder in der Migros an der Kasse gearbeitet haben.* Die FDP verteidigt diese ökonomisch bedingte Zuwanderung seit jeher – auch die zweifelhaften

Formen, denken wir nur an das Saisonierstatut. Nach einem harten Arbeitsleben sollen diese Angestellten jetzt plötzlich kein Recht mehr auf eine AHV haben? Das ist beschämend. Kommt dazu: Wenn die Ausländerinnen und Ausländer hier bleiben und ihre Familien nachkommen lassen, dann klagt die Rechte über Überfremdung. Gehen sie zurück in ihre Heimat beklagen sich die gleichen Kreise über angeblichen Sozialmissbrauch.

Für die FDP muss der ideale Ausländer also

- a. Zu uns kommen um zu arbeiten
- b. Nicht hier bleiben
- c. Das Land nicht verlassen

Es ist relativ schwierig, das alles zu erfüllen, das müsst ihr zugeben...

Genossinnen und Genossen,

Die Elefantenwärter haben ein Rezept gegen die Musth ihrer Elefanten gefunden. Sie klemmen sie zwischen zwei soliden Bäumen ein, bis sie sich beruhigt haben. Das dauert ungefähr eine Woche. Wir haben also genügend Zeit um uns die wirklichen Absichten unserer Gegner in Erinnerung zu rufen, was die Renten betrifft. Denn sie haben einen Plan B, es wäre ein Fehler ihnen vorzuwerfen, sie hätten keinen. Sie haben ihn während drei Jahren andauernd wiederholt und sie warten nur auf eine Ablehnung der Altersvorsorge 2020, um ihn in die Tat umzusetzen:

- a. Sofortige Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 und Senkung des Umwandlungssatzes in der 2. Säule. Pascal Couchepin und Didier Burkhalter haben genau das versucht und sind gescheitert – und zwar mit 70% Nein an der Urne. Doch das scheint die Rechten nicht weiter zu beirren.
- b. Erhöhung des Rentenalters auf 67 für alle durch die Einführung eines «Interventionsmechanismus». Das Prinzip funktioniert so: Die AHV-Financen werden gezielt verschlechtert, indem jegliche Zusatzfinanzierung verweigert wird. In der Folge soll das Rentenalter automatisch erhöht werden, ohne politische Diskussion und – natürlich – ohne Referendumsmöglichkeit.
- c. Durch den gleichen Mechanismus wird der Teuerungsausgleich der Renten abgeschafft. Das bedeutet eine kontinuierliche Verarmung der heutigen Rentnerinnen und Rentner.

Darum geht es, Genossinnen und Genossen: Die AHV schlittert ab 2020 in rote Zahlen und die Pensionskassen-Renten sind im freien Fall. Wir müssen handeln, Nichtstun ist keine Option! Und handeln heisst wählen: Altersvorsorge 2020 oder die FDP-Mischung, die eine Erhöhung des Rentenalters und Kürzungen auf dem Buckel der Rentnerinnen und Rentner bringt.

Ihr versteht, dass wir all unsere Energie in diesen Abstimmungskampf stecken müssen. Er ist entscheidend. Nicht für unsere Partei, aber für unsere Gesellschaft, für unsere Zusammenhalt,

für unser Zusammenleben. Die verbissene, hasserfüllte Alle-gegen-Alle-Kampagne à la Gössi darf nicht gewinnen.

Unsere Mitglieder haben sich nicht geirrt. Sie haben mit über 90% Ja gesagt zu dieser Reform bei unserer Urabstimmung im April. Alle Kantone haben Ja gesagt, 66% war das tiefste Resultat. Die Debatte in der Linken hat stattgefunden: In den Gewerkschaften, in unseren Sektionen, bei unseren Mitgliedern. Sie ist entschieden und sie ist beendet. Und der Auftrag unserer Mitglieder ist glasklar: Führt eine Kampagne für ein Ja, sorgt dafür dass diese ausgewogene Reform eine Mehrheit in der Bevölkerung erhält, wehrt euch gegen die Lügen und die Falschinformationen der Freisinnigen. Ich zähle auch euch. Wir haben schon mehrfach die Erfahrung gemacht: Zuerst gibt es eine gewisse Skepsis und danach, wenn man mit den Leuten spricht und sie überzeugt, überwiegen die Argumente für ein Ja. Darum spricht mit den Leuten! Wir alle müssen die Reform erklären und die Köpfe der Menschen gewinnen. Gegen die emotionale Kampagne unserer Gegner; gegen jene, die auf Spaltung, Neid und Egoismus setzen, lassen wir die Intelligenz, die Vernunft und das Vertrauen sprechen.